

Internet-Blog

kreuz-und-quer.de

Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung

herausgegeben von

*Prof. Dr. Thomas Sternber (Sprecher), Dieter Althaus, Alois Glück,
Dr. Friedrich Kronenberg, Dr. Hermann Kues, Prof. Dr. Norbert Lammert,
Hildigund Neubert, Dr. Hans-Gert Pöttering, Thomas Rachel MdB,
Prof. Dr. Annette Schavan, Christian Schmidt MdB, Dr. Erwin Teufel, Prof. Dr. Bernhard Vogel*

Die Artikel im 4. Quartal 2017

4 / 2017

Die Autoren:

Cornelia Coenen-Marx, Gerald Hagmann,
Hubertus Knabe, Norbert Lammert,
Gerd Landsberg, Frank Lavin, Hans Maier,
Klaus Mertes, Thomas Rachel,
Heike Schichtel, Hubert Wissing

Das Selbstverständnis

Christen, engagiert in Kirche, Staat und Gesellschaft, denen die politische Gestaltung unserer Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung ein besonderes Anliegen ist, haben sich im September 2012 zu der Internet-Initiative www.kreuz-und-quer.de zusammengefunden. Der Kreis fühlt sich dem Ziel verpflichtet, lokal und global, im Staat und in der Staatengemeinschaft, für eine politische Ordnung einzutreten, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden können.

Die Initiative will in Staat und Gesellschaft das politische Engagement der Christen stärken und unsere Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung – orientiert am christlichen Menschenbild – politisch mitgestalten. Die Initiative will beim Dialog zwischen Kirche und Welt mitwirken, damit die Kirche als „Sauerteig“ (Mt 13,33), als „Salz der Erde“ (Mt 5,13), als „Samenkorn“ (Mt 13,24), als „Licht der Welt“ (Mt 5,14) in der Mitte der Welt gegenwärtig ist.

Die Initiative will einen Beitrag dazu leisten, dass zu wichtigen politischen Fragen christlicher Weltverantwortung öffentliche Meinung gebildet wird. Diese öffentliche Meinungsbildung soll die erforderliche Willensbildung in Staat, Gesellschaft und Kirche unterstützen.

In dieser Dokumentation sind die Artikel zusammengefasst, die von Januar – März 2014 auf dem Internet-Blog kreuz-und-quer.de veröffentlicht wurden. Dieses Internet- Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung wurde am 5. September 2012 freigeschaltet. Einmal wöchentlich wird dort ein neuer Artikel zur Diskussion gestellt. Die Kommentare der Leser zu den Artikeln und die Antworten der Autoren finden Sie auf www.kreuz-und-quer.de

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

**Redaktion:
Stephan Eisel (Sprecher), Karlies Abmeier,
Klaus Mertes, Ulrich Ruh
stephan.eisel@kreuz-und-quer.de**

Inhaltsverzeichnis

Thomas Rachel, Die Union und das „C“	Seite 04
Gerd Landsberg, Deutschland umbauen.....	Seite 06
Hubertus Knabe, Vorwärts und schnell vergessen.....	Seite 08
Norbert Lammert, Kirchenspaltung als Ärgernis.....	Seite 10
Heike Schichtel, Warum Amerika ?	Seite 13
Cornelia Coenen-Marx, Ehrenamt als Teilhabe.....	Seite 16
Hans Maier, Leitkultur – Das Wort und die Sache	Seite 18
Klaus Mertes, Allein-Erziehende heute.....	Seite 20
Frank Lavin, Things fall apart: Populism and Foreign Policy.....	Seite 22
Hubert Wissing, Was braucht die Demokratie.....	Seite 25
Gerald Hagmann, Ein Sehnsuchtsfest: Zu Weihnachten 2017.....	Seite 25

9. Oktober 2017

Thomas Rachel

Die Union und das „C“

Das „C“ im Namen von CDU und CSU hat von Beginn der Parteiengründung an für Diskussionen und bisweilen auch für Kontroversen gesorgt. Die Auslegungs- bzw. Deutungsgeschichte dieses „C“ ist insofern immer auch von Missverständnissen und von teils unbewussten, teils bewussten Verzerrungen bzw. Fehlinterpretationen begleitet gewesen. Bleibende Relevanz hat das Nachdenken über die Bedeutung des „C“ im Parteinamen natürlich vor allem für die C-Parteien selbst, deren politisches Selbst- und Grundverständnis hier vollgültig zum Ausdruck kommt. Aber gerade auch angesichts immer wiederkehrender Versuche, diese praktische bzw. faktische Relevanz der Orientierungskraft des „C“ für die Union in Frage zu stellen oder sogar grundsätzlich zu bestreiten, ist eine klärende Richtigstellung auch heute noch ein Gebot der Stunde.

Bei der Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) im Jahre 1945 beriefen sich die Väter und Mütter der Union ganz bewusst auf die „kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums“ als entscheidender „Kraftquelle“ zur Errichtung einer neuen „Ordnung in demokratischer Freiheit“. Das „C“ im neuen Parteinamen, das zum ersten Mal in der deutschen Geschichte Katholiken und Protestanten in die gemeinsame politische Verantwortung rief, bildete dabei die Ermöglichungsgrundlage und entscheidende Klammer für die Gründung der Union, in der sich nun die unterschiedlichsten liberalen, konservativen und sozialen Kräfte auf eine tragende, gemeinsame Wertgrundlage verständigten.

Wichtig hierbei ist vor allem: Das „C“ als gemeinsame Grundlage und Klammer der neuen Volkspartei drückte dabei von Anfang an den verantwortungsethischen Selbstanspruch engagierter und bekennender Christen aus beiden Konfessionen aus und war niemals als Ausdruck eines christlichen Alleinvertretungs-, Monopol- oder gar Absolutheitsanspruches gemeint. Bewusste Christenmenschen aus beiden Konfessionen sollten also zur aktiven und lebendigen Mitarbeit in der neuen freiheitlich-parlamentarischen Demokratie ermuntert und gewonnen werden. Denn die Berufung auf das „C“ war nach der nationalsozialistischen Gräueltat und Terrorherrschaft sowie den Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges vor allem eine gezielte und deutliche Absage an jede Form von politischem Totalitarismus und jede politische Ideologie.

Das „C“ ist also von Anfang an inklusiv-einladend und nicht exklusiv-abgrenzend zu verstehen. Es will als Basis einer wirklichen „Union“ versöhnen und zusammenführen, statt zu spalten und zu polarisieren. Es hat von daher schon im Kern eine grundlegend anti-ideologische und anti-totalitäre Ausrichtung. Allein das markiert übrigens schon einen überdeutlichen und ganz entscheidenden Unterschied zu anderen Parteien, insbesondere denen an den politischen Rändern, wie z.B. die AfD oder die Linkspartei: Auch hier versammeln und engagieren sich gewiss Christen, allerdings auf der Grundlage von mehr als fragwürdigen, weil ideologisch verzerrten und einseitigen Vorverständnissen des „Christlichen“. Das so verstandene, weltanschaulich gewissermaßen gefügig gemachte, funktionalisierte und abstrahierte „Christliche“ bildet dann keineswegs mehr die lebendige, kritische und selbstverpflichtende Grundlage der eigenen politischen Orientierung, ist somit auch nicht „Stachel im Fleisch“, wie es Richard von Weizsäcker einmal so treffend ausdrückte, sondern dient letztlich nur noch der Bestätigung der eigenen politischen Ausgangsideologie.

Das „C“ im Parteinamen von CDU und CSU signalisiert demgegenüber einen dezidiert praktisch-

verantwortungsethischen und real-lebensweltlichen Anspruch an den eigenen politischen Auftrag, keinen bloß theoretischen oder gar abstrakt-gesinnungsethischen. Das „C“ als Grundlage der ethischen Vergewisserung und Selbstprüfung der Politik darf dementsprechend auch nicht in einem doktrinal-dogmatischen Sinne missverstanden werden. Daraus folgt für die politische Selbstverpflichtung auf das „C“ eine entscheidende Erkenntnis: Es gibt keine direkte und unmittelbare Möglichkeit der Umsetzung von christlichen Glaubensinhalten in die Tagespolitik. Ein „christliches Programm“, eine „christliche Partei“ oder eine „christliche Politik“ als solche kann es nicht geben, da diese wiederum selber unter Ideologieverdacht fielen. Das „C“ ist also eher mit der orientierenden Funktion eines Marsch-Kompasses vergleichbar (Helmut Thielicke). Auch wenn über Grund und Ziel des Weges Einigkeit herrschen sollte, muss um die genaue Marschroute und die damit verbundenen besten Mittel zur Erreichung des Zieles immer wieder gerungen werden.

Das „C“ ist von daher weder oberflächliches Feigenblatt noch fromme Hybris: Das Christliche Menschenbild, dem sich die Union gewissenhaft verschrieben und selbstverpflichtet hat, weiß bei aller Ernsthaftigkeit der Herausforderung zugleich immer auch sehr realistisch um die Endlichkeit, Vorläufigkeit und die Begrenztheit unserer menschlichen Natur.

Das „C“ kann man von daher mit Fug und Recht als den Schatz und das entscheidende Identitätsmerkmal der Union bezeichnen. CDU und CSU tun deshalb gut daran, dieses Profil auch in Zukunft zu pflegen, denn es lebt entscheidend davon, dass es auch in Zukunft eine hinreichende Zahl von bewussten und engagierten Christen in der Partei gibt, die die aus dem Glauben abgeleiteten christlichen Werteüberzeugungen und die mit dem Christlichen Menschenbild verbundenen Überzeugungen nicht nur verbal vertreten, sondern auch selbst eintreten und vorleben. CDU und CSU waren und sind dabei aber immer auch offen für Menschen mit anderen religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen, die diese Grundlagen und Werte des Christlichen Menschenbildes ebenfalls bejahen. Auch sie sind selbstverständlich willkommen, in der Union eine politische Heimat zu finden, und zur verantwortlichen Mitarbeit eingeladen. Das „C“ bleibt insofern die klar verpflichtende Grundlage und Basis für alle Mitglieder in der Union.

Thomas Rachel (1962) ist seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) und Mitglied im Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sowie Mitherausgeber von kreuz-und-quer.de

16. Oktober 2017

Gerd Landsberg

Deutschland umbauen

Modernisieren, digitalisieren und sozial gestalten

Kommunale Selbstverwaltung ist der entscheidende Faktor für den Erfolg und die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. In Städten und Gemeinden können die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der lokalen Demokratie mitentscheiden und ihren Standort und ihr Lebensumfeld aktiv beeinflussen. Auch und gerade in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung bleibt lokale Politik einer der Stabilitätsfaktoren unseres Gemeinwesens.

Um die vielfältigen Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung auch in Zukunft effektiv wahrnehmen zu können, brauchen die Städte und Gemeinden Spielräume, nicht nur finanzieller Art. Die Kommunen in Deutschland erwarten daher in der neuen Legislaturperiode grundlegende Reformen. Wir müssen unser Land modernisieren, digitalisieren und sozial gestalten. Denn Deutschland wird ohne grundlegende Veränderungen auf Dauer keine Wohlstandsinsel in einer immer schwierigeren Welt sein können. Vor diesem Hintergrund hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund einen Katalog von Erwartungen an die Bundespolitik mit den aus kommunaler Sicht zentralen Themen und Herausforderungen verabschiedet. Dazu gehören etwa Flüchtlingspolitik, Innere Sicherheit, Sozialstaat, Finanzen, Mobilität, Digitalisierung und der ländliche Raum. Zwingend notwendig ist eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen, damit diese ihren Aufgaben im Rahmen der Kommunalen Selbstverwaltung auch gerecht werden können. Glaubt man den im Rahmen des Bundestagswahlkampfes kolportierten Ankündigungen, werden die finanziellen Handlungsspielräume der Städte und Gemeinden künftig aber wohl eher kleiner statt größer. Im Sinne von Lebensqualität und Wirtschaftskraft dürfen wir uns eine solche Entwicklung keinesfalls leisten.

Von zentraler Bedeutung für die Städte und Gemeinden in Deutschland sind die Forderungen nach einer dauerhaften Finanzierung der Integrationskosten. Die Herausforderung, eine so große Anzahl Geflüchteter in die Gesellschaft zu integrieren, ist groß, langwierig und noch lange nicht abgeschlossen. Wohnraum schaffen, Sprachkenntnisse vermitteln, Arbeitsmarktintegration organisieren – all das ist für die Kommunen weder nebenbei, noch ohne Partner oder kostenlos zu stemmen.

Eng verbunden mit Integrationskosten und dem Gelingen von Integration ist das Thema Familiennachzug. Um eine Überforderung der Kommunen zu vermeiden, muss der Familiennachzug auch über den 31. März 2018 hinaus weiter gesteuert und begrenzt werden. Nur wer in der Lage ist, seine Angehörigen aus eigener Kraft unterzubringen und zu versorgen, sollte die Erlaubnis für einen Familiennachzug erhalten. Bisher ist es allerdings nur in geringem Umfang gelungen, Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Geringe bzw. mangelhafte Sprachkenntnisse sowie fehlende formale Berufsabschlüsse erschweren die schnelle Integration in Beschäftigung. Hier müssen wir besser werden und neue Wege gehen. Dazu gehört auch eine stärkere Einbindung der Wirtschaft.

Ein Mangel an Planungssicherheit bei den Integrationskosten führt zu finanziellen Unsicherheiten bei anderen notwendigen Investitionsvorhaben. Die Finanzsituation der meisten Kommunen ist aufgrund der stabilen wirtschaftlichen Lage aktuell eher als gut zu bezeichnen. Das Verhältnis zwischen den Einnahmen der Kommunen und ihren Ausgaben wird zeitnah aber wieder schlechter werden und dafür sind vor allem die weiterhin steigenden Sozialausgaben verantwortlich. Es zeichnet sich ab, dass die Städte und Gemeinden mit klammen Kassen immer weniger investieren und damit auch immer mehr an Attraktivität verlieren. Diese Abwärtsspirale muss dringend aufgehalten werden.

Wenn die Kluft zwischen den finanzstarken, prosperierenden und den strukturschwachen Städten und Gemeinden immer größer wird, ist das eine Gefahr für den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Wirtschaftsstärke Deutschlands. Der im Grundgesetz verankerte Anspruch, überall in Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse sicherzustellen, wird verfehlt. Wir fordern Bund und Länder auf, sich auf eine angemessene und dauerhaft planbare Finanzausstattung der Kommunen festzulegen. Bei einem geschätzten kommunalen Investitionsrückstand von 126 Milliarden Euro können wir es uns nicht leisten an unserer Zukunft zu sparen. Die Leistungsfähigkeit und die Qualität des Wirtschaftsstandorts Deutschland stehen auf dem Spiel, wenn die öffentliche Infrastruktur nicht mit den globalen Veränderungen und Herausforderungen Schritt hält.

Die Disparitäten bei der Qualität von Schulen, Kindergärten und Kultureinrichtungen sind offensichtlich. Die Chancen auf eine gute Ausbildung in Schule und Beruf, ein sicheres Leben mit guten Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie

Sport und Kultur, dürfen nicht davon abhängen, ob ein Kind zufällig in einer prosperierenden Stadt oder einer abgehängten Region groß wird.

Der neue Bund-Länder-Finanzausgleich ist mit einer Lockerung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Kommunen ein erster richtiger Schritt, dem weitere folgen müssen. Nicht das Kooperationsverbot, sondern ein Kooperationsgebot ist der richtige Ansatz. Ohne dauerhafte Hilfen des Bundes wird es zum Beispiel nicht gehen, das große Potenzial auch der ländlichen Räume weiterzuentwickeln, die medizinische Versorgung flächendeckend sicherzustellen und auch armen Kommunen Entwicklungschancen zu ermöglichen.

Mit Blick auf die kommende Legislaturperiode müssen Reformen angegangen und – auch finanzieller – Raum für Innovationen geschaffen werden. Innovation ist eng verknüpft mit der immer schneller voranschreitenden Digitalisierung aller Bereiche des täglichen Lebens. Die digitale Transformation kann eine immense Chance, gerade für die Kommunen in den ländlichen Regionen, bedeuten. Wir dürfen die Gestaltung daher keineswegs allein global agierenden Unternehmen überlassen. Es gilt, einen Digitalkapitalismus zu verhindern und die Kommunen als bürgernächste Ebene zu stärken. Um die mit der Digitalisierung verbundenen Potenziale zu nutzen, brauchen wir ein Digitalgesetzbuch mit politischen Leitlinien und eine leistungsstarke flächendeckende Breitbandversorgung auf Glasfaserbasis. Hier sind neben dem Bund auch die Unternehmen gefordert, ihre Ausbauanstrengungen weiter zu intensivieren.

Die Städte und Gemeinden in Deutschland sind bereit, neue Wege zum Wohle ihrer Bürgerinnen und Bürger zu gehen. Sie besitzen Mut, Innovationsbereitschaft und Tatendrang. Was sie brauchen, ist ein finanzieller Spielraum, um nachhaltig für den Erhalt der Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land einzutreten können. Wir appellieren an Bund und Länder, die neue Legislaturperiode für Reformen und eine nachhaltige Investitionsoffensive zu nutzen.

***Dr. Gerd Landsberg** (1952) ist 1998 Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Bereits seit 1992 war er Beigeordneter und geschäftsführendes Präsidialmitglied des kommunalen Spitzenverbandes und zuvor tätig als Richter am Landgericht Bonn und OLG Düsseldorf sowie im NRW-Justizministerium und im Bundesministerium der Justiz.*

23. Oktober 2017

Hubertus Knabe

Vorwärts und schnell vergessen?

Vergangenheitsaufarbeitung als Zukunftskapital

Fast drei Jahrzehnte sind vergangen, seitdem das SED-Regime ins Wanken geriet: Im November 1987 stürmte der DDR-Staatssicherheitsdienst die oppositionelle Umweltbibliothek in Ost-Berlin, im Januar 1988 verhaftete er Bärbel Bohley und andere Bürgerrechtler. Im Sommer 1989 flüchteten DDR-Bürger massenhaft über Ungarn und am 9. November fiel die Mauer. Ist das alles Geschichte?

Ja und Nein. Dreißig Jahre sind eine lange Zeit, fast so viel, wie vom Beginn der Weimarer Republik bis zum Ende des Nationalsozialismus. Knapp die Hälfte aller Deutschen hat das Ende der DDR nicht oder nur als Kind miterlebt und fast ein Viertel der Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Für viele ist die DDR tatsächlich nur Geschichte.

Auf der anderen Seite sind 30 Jahre eine kurze Zeit. Viele Täter und Opfer leben noch. Im neuen Bundestag werden erneut mehrere ehemalige Stasi-Mitarbeiter sitzen, mit Arnold Vaatz wird ihm auch ein früherer DDR-Häftling angehören. Verglichen mit dem Nationalsozialismus befinden wir uns gerade im Jahr 1973, als die gesellschaftliche Aufarbeitung der NS-Verbrechen erst richtig losging.

Doch anders als beim Nationalsozialismus droht die Geschichte des Kommunismus durch neue Probleme an den Rand gedrängt zu werden: Masseneinwanderung, Islamismus, Euro-Rettung, Klimawandel, eine neue Partei im Bundestag sind nur einige der Themen, die die Öffentlichkeit mehr beschäftigen. Die DDR ist für viele Politiker – auch von CDU/CSU – kein relevantes Thema mehr. Linke und AfD blicken häufig sogar mit Sympathie auf den sozialistischen Law-and-Order-Staat.

Dabei gibt es nicht nur eine Verpflichtung gegenüber den später Geborenen und Zugezogenen, zentrale Erfahrungen aus der Zeit des DDR-Sozialismus weiterzuvermitteln. So wie man seinen Kindern beibringt, dass sie vorsichtig über die Straße gehen, müssen wir sie auch davor bewahren, dass sie einer Idee hinterherlaufen, die in Diktatur und Unterdrückung endet. Gerade junge Menschen sind für Vorstellungen, die das Ende von Armut und Unterdrückung versprechen, empfänglich.

Auch für viele Probleme der Gegenwart ist der Blick in die Geschichte hilfreich: Ist es wirklich besser, wie viele annehmen, wenn der Staat die Wirtschaft kontrolliert? Ist Gerechtigkeit, die meist als Gleichheit aller Bürger verstanden wird, wirklich ein erstrebenswertes Ziel? Wollen wir tatsächlich ein Rechtssystem, das Straftaten nach ihrer politischen Motivation bewertet, wie es unter SPD-Justizminister Heiko Maas Konsens zu werden drohte? Da wir politische Ideen nicht im Laboratorium ausprobieren können, bleibt uns nur die Analyse der Vergangenheit, um Irrwege und Erfolge zu erkennen.

Eine besondere Rolle spielen dabei Orte, wo die Vergangenheit noch unmittelbar spürbar wird. Ein solcher Ort ist zum Beispiel die Gedenkstätte im ehemaligen zentralen Untersuchungsgefängnis des DDR-Staatssicherheitsdienstes in Berlin-Hohenschönhausen. Seit 1994 informiert sie über das Regime der SED. Jedes Jahr kommen über 450.000 Besuchern, gut die Hälfte davon Jugendliche. In Führungen und Seminaren erfahren sie oft zum ersten Mal in ihrem Leben, was es bedeutet, in einer Diktatur zu leben.

Seit einiger Zeit führt die Gedenkstätte auch Seminare zum aktuellen Linksextremismus durch. Junge Leute beschäftigen sich dort mit den Vorstellungen jener, die trotz der DDR-Erfahrung meinen, mit der Beseitigung von Kapitalismus und Parlamentarismus die Probleme der Menschheit lösen zu können. Das Bildungsprogramm wurde 2011 unter Familienministerin Kristina Schröder gestartet und 2017 weiter ausgebaut. Inzwischen haben weit über 20.000 Jugendliche an knapp 1.500 Seminaren teilgenommen.

Bei der Aufklärung über linken Extremismus der Gegenwart steht die Stasiopfer-Gedenkstätte allerdings so gut wie allein. An den Schulen ist er ebenso wenig ein Thema wie an den zahlreichen Erinnerungsorten zur SED-Diktatur. Auch die Bundeszentrale für politische Bildung führt so gut wie keine Aufklärungsarbeit durch, höchstens Tagungen, auf denen diskutiert wird, „ob Linksextremismus eine sinnvolle Analysekategorie oder eher ein Kampfbegriff gegen

abweichende Meinungen ist“. Ohne geistiges Rüstzeug rutschen deshalb viele junge Menschen in linksradikale Kreise ab, die ihnen eine Mischung aus alternativer Jugendkultur und simplen Erklärungsmustern bieten.

Die frühere schwarz-gelbe Bundesregierung hatte deshalb 2009 in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass sie Kinder und Jugendliche „in ihrem Engagement (...) gegen Rechts- und Linksextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus motivieren und unterstützen“ will. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD fehlte 2013 plötzlich der Linksextremismus. Der feine, aber bedeutende Unterschied schlug sich auch in den Förderprogrammen des Familienministeriums nieder.

Versteht man Vergangenheitsaufarbeitung als Zukunftskapital, dann ist die Auseinandersetzung mit extremistischen Ideen eine wichtige Aufgabe der Gegenwart. Spätestens seit den Straßenschlachten beim G20-Gipfel im Juli, als 8000 gewaltbereite Linksextremisten in Hamburg eine Spur der Verwüstung hinterließen, ist deutlich geworden, dass sich diese Auseinandersetzung nicht auf den Nationalsozialismus und neo-nazistisches Gedankengut beschränken kann. Auch der linke Extremismus mit seinen historischen und aktuellen Spielarten muss thematisiert werden. Im Unterschied zum Rechtsextremismus kann er sich sogar auf stärkere öffentliche Zustimmung stützen, weil entsprechende Politikvorstellungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein auf Sympathien stoßen.

Aufgabe der neuen Bundesregierung sollte es deshalb sein, ein Signal zu setzen und mit Aufklärungsprogrammen den Extremismus jeglicher Couleur entschieden zu bekämpfen. Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen könnte dabei zum Kompetenzzentrum gegen Linksextremismus ausgebaut werden, wo nicht nur Aufklärung und Prävention betrieben, sondern auch Forschungsarbeit geleistet wird, die es in Deutschland bislang praktisch nicht gibt. Auch ein Zeitzeugenprogramm mit Opfern linksextremistischer Gewalt in Anknüpfung an die erfolgreichen Programme zum Nationalsozialismus und zur DDR könnte dort entwickelt werden. Die Erinnerung an das SED-Regime würde auf diese Weise einen neuen, zukunftsorientierten Sinn bekommen.

Dr. Hubertus Knabe (1959) ist Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Von 1992 bis 2000 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Er ist Autor zahlreicher Publikationen zur DDR, unter anderem „17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand“ (2003), „Die Täter sind unter uns“ (2007) und „Honeckers Erben“ (2009).

Norbert Lammert

Zum Reformationsjubiläum

Kirchenspaltung als Ärgernis

Vor 500 Jahren hat mit den Thesen von Martin Luther das begonnen, was später „Reformation“ genannt werden sollte. Damals war die Kirche bei allem äußerlichen Glanz weit vom Geist des Evangeliums abgekommen, sie hatte mit dem Reich Gottes kaum noch eine Ähnlichkeit. Nachdem Luther 1517 zunächst lediglich Thesen zum Ablasswesen verbreitet hatte, das mit der Käuflichkeit von Ämtern und den damit verbundenen handfesten Finanzierungsproblemen eine perfide Verbindung von Politik, Glauben und Religion erkennen ließ, forderte er im darauffolgenden Jahr die Einberufung eines allgemeinen Konzils, das die inzwischen reichlich vorhandenen Streitfragen innerhalb der Kirche erörtern und die Kirche selbst grundlegend reformieren sollte. Es ist eine schöne, wenn auch müßige Spekulation, was uns erspart geblieben wäre, wenn der damalige Papst und die damaligen Bischöfe auf diese nicht nur zulässigen, sondern überfälligen Forderungen eingegangen wären. Die Missstände wären wohl schneller beseitigt worden und zur Spaltung der Kirche wäre es kaum gekommen.

Tatsächlich wurden die mehr als zutreffenden, mehr als überfälligen Anliegen Luthers vom damaligen Papst Leo X zurückgewiesen. Die Geschichte ist bekannt, sie muss im Einzelnen nicht nacherzählt werden: Luther wurde zum Widerspruch aufgefordert, nachdem dieser den Papst 1520 als Antichristen bezeichnet und das päpstliche Schreiben zusammen mit dem kirchlichen Gesetzbuch öffentlich verbrannt hatte. Zweifellos Public-Relations-begabt wurde Luther dann mit einer gewissen Folgerichtigkeit 1521 aus der Kirche ausgeschlossen.

Hätte sich das Verhängnis für die Einheit der Kirche abwenden lassen, wenn der nachfolgende Papst Hadrian VI. eine längere Amtszeit gehabt hätte? Dieser hatte unmittelbar nach seinem Amtsantritt 1523 sofortige Reformen versprochen und auf dem Nürnberger Reichstag ein eindringliches Schuldbekenntnis verlesen lassen. „Wir alle“, so der damalige Papst, „wir alle, Prälaten und Geistliche, sind vom rechten Weg abgewichen und es gab schon lange keinen einzigen der Gutes tut, keinen einzigen der Gutes tat“. Hadrian starb aber noch im gleichen Jahr, sein Nachfolger war, wie man heute sagen würde, ein Hardliner, man könnte man auch sagen, ein Fundamentalist: So kam das Kirchenkonzil, das besser damals schon stattgefunden hätte, erst 1545 in Trient zusammen. Mit 18jähriger Dauer war es das längste Konzil in der Kirchengeschichte. Es wurden bei diesem Konzil weitreichende Reformen angestoßen, viele der von Luther angeprangerten Missstände beseitigt und auch die von ihm aufgeworfenen theologischen Fragen ausführlich diskutiert und zum Teil einvernehmlich entschieden. Für die Spaltung der Christenheit kam das alles zu spät. Menschenwerk.

Dass es überhaupt zur Kirchenspaltung kam und diese sich schnell verfestigt hat, hatte nicht nur theologische Gründe. Ich behaupte, es hatte weniger theologische Gründe als handfeste politische Ursachen. Das Heilige Römische Reich deutscher Nation, das bei genauem Hinsehen weder deutsch noch römisch war, eigentlich auch kein Reich und ganz sicher nicht heilig, war die Sammelbezeichnung für Hunderte Einzelterritorien. Es war kein zentraler Staat, ein Deutschland, wie wir es kennen, gab es nicht. Deutschland war bestenfalls die Bezeichnung für einen virtuellen Zusammenhang vieler mehr oder meist weniger bedeutender Territorien, Herzogtümer und Fürstentümer. Der Kaiser als höchste Instanz im Reich wurde von den Kurfürsten gewählt, musste ihnen dafür aber die Wahrung ihrer territorialen Rechte zugestehen.

Mit Blick auf das Verhältnis von Politik und Religion ist es bemerkenswert, dass das höchste

gesetzgebende Organ des Reiches die sogenannten Reichstage waren, die mit unseren heutigen Parlamenten fast nichts gemein hatten, außer den Umstand, dass Gesetze, die im ganzen Reich gelten sollten, nicht vom Kaiser allein erlassen werden konnten, sondern vom Reichstag bestätigt werden mussten. Diese Reichstage bestanden jedoch nicht aus gewählten Volksvertretern, sondern aus bevollmächtigten Vertretern der jeweiligen Feudalherrscher und der freien Reichsstädte. In ihnen waren auch die Kurfürsten, der Hochadel im Reichsfürstenrat stimmberechtigt vertreten.

Die politische Zersplitterung Deutschlands war ein wesentlicher Faktor für die Ausbreitung der Reformation und der Kirchenspaltung. Aufgrund der fehlenden politischen Zentralinstanz im Reich entschied sich das Schicksal der Reformation auf territorialer Ebene. Die Fürsten entschieden, welche Konfession in ihrem Herrschaftsbereich zu gelten hatte. Die Einführung der Reformation lag völlig unabhängig von religiösen Überzeugungen also ausdrücklich im jeweiligen Interesse der Landesfürsten, die sich auf diese Weise gleichzeitig von Kaiser und Papst emanzipieren konnten und von diesem scheinbaren Gottesgeschenk tatkräftig Gebrauch machten. Dies führte endgültig zur konfessionellen Fragmentierung des Reiches. So war's. Geteilt wie geeint durch gemeinsames Bekenntnis, wieder geteilt politisch und kirchlich – Menschenwerk.

Wir müssen uns heute – 500 Jahre später – mit der Frage beschäftigen, wie wir eigentlich mit dem umgehen, was damals stattgefunden hat und mit dem, was daraus geworden ist. Jeder von uns, jedenfalls jeder, der einer der christlichen Kirchen angehört, muss die Frage beantworten, ob die Unterschiede, die es zweifellos gibt, die Aufrechterhaltung der Trennung heute noch rechtfertigen. Ich glaube das nicht, schon gar nicht in der Welt des 21. Jahrhunderts mit Blick auf vorrangige und nachrangige Anliegen, Aufgaben, Ärgernisse und Herausforderungen. Für mich ist die fortdauernde Kirchenspaltung der große Anachronismus unserer Zeit. Sie ist buchstäblich aus der Zeit gefallen. Wir halten damit eine Konstruktion aufrecht, von der wir wissen, dass es für sie keine Rechtfertigung mehr gibt. Insofern ist dieses Reformationsjubiläum nicht ganz so gemütlich, wie es auf vielen der grandiosen Veranstaltungen den Anschein hat.

Wir sollen uns mit Blick auf das große Reformationsjubiläum gemeinsam mit der Frage konfrontieren, der wir am liebsten ausweichen: Warum ist das eigentlich immer noch so, warum besteht die Kirchenspaltung fort?

Ich räume auch freiwillig ein, dass mich ein Stichwort besonders nervös macht, auf das sich vor und während dieses Reformationsjubiläumjahres nun die prominentesten Repräsentanten der beiden großen Kirchen zunehmend zu einigen begonnen haben: „Versöhnte Verschiedenheit“. Als Demokrat kann ich natürlich mit Verschiedenheiten gut umgehen und als Christ ist mir der Versöhnungsgedanke nicht völlig fremd. Aber meine Nervosität beginnt schon beim Verhältnis von Adjektiv und Subjektiv: Verschiedenheit ist die Hauptsache und die Zugabe ist versöhnt freundlich. Ich möchte es einmal so sagen: Wenn es uns in der Welt, in der wir leben, in Zeiten der Globalisierung, im Verhältnis der großen Religionsgemeinschaften auf diesem Globus tatsächlich gelingen würde, in versöhnter Verschiedenheit miteinander umzugehen, wäre das ein Fortschritt der Zivilisation.

Aber dass die christlichen Kirchen im Umgang miteinander versöhnte Verschiedenheit für das Ende der Operation „Ökumene“ erklären, ist für mich eine elegante Kapitulationserklärung. Es verwechselt den Weg mit dem Ziel. Versöhnte Verschiedenheit ist der Weg zum Ziel der Wiederherstellung der Einheit. Wenn ich aber versöhnte Verschiedenheit zum Ergebnis erkläre, habe ich das andere Ziel offenkundig aufgegeben, mindestens aber aus dem Auge verloren.

Wir sollen eins sein. So lautet die unmissverständliche Forderung Jesu im Johannes-Evangelium, aber wir sind es nicht. Wir sind nicht eins und wir müssen die Frage beantworten, ob wir nicht können oder ob wir nicht wollen. Natürlich könnten wir, wenn wir wollten. Wir wissen, dass uns unendlich mehr verbindet als trennt. Aber auch als theologisch interessierter Laie finde ich in der

ernst zu nehmenden theologischen Literatur nichts mehr, was mich davon überzeugen könnte, dass es ein nicht annehmbares theologisches Hindernis für die Wiederherstellung der Einheit der Christenheit gäbe. Schon das Zweite Vatikanische Konzil hat keinen Zweifel daran gelassen, dass die Trennung ein Skandal sei, für den nicht der Himmel verantwortlich ist, sondern das irdische Bodenpersonal. Aber neben der regelmäßigen Beschreibung dieses Skandals finden wir ihn offenkundig inzwischen ganz gut erträglich.

Die Kirchenspaltung ist im Lichte der Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft für Gesellschaft und Kirche ein schwer erträgliches Ärgernis. Ich zitiere an dieser Stelle einen Autor, der von der Sache mehr versteht als ich: „Und so ist die Kirche für viele heute zum Haupthindernis des Glaubens geworden. Sie vermögen nur noch das menschliche Machtstreben, das kleinliche Theater derer in ihr zu sehen, die mit ihrer Behauptung, das amtliche Christentum zu verwalten, dem wahren Geist des Christentums am meisten im Wege zu stehen scheinen.“ Das schreibt Joseph Ratzinger in seinem Standardwerk „Einführung in das Christentum“, Erstauflage 1966. Diejenigen, die sich jetzt in die voreilige Hoffnung stürzen, er hätte das als Papst nie wiederholt, mache ich darauf aufmerksam, dass dieses Werk in seiner Amtszeit neu aufgelegt worden ist – immer noch mit diesem Satz.

„Und so ist die Kirche für viele heute zum Haupthindernis des Glaubens geworden.“ Ich fühle mich nicht zuletzt durch diese theologisch fundierten Worte in meiner Überzeugung bekräftigt, dass das, was die Überwindung der Kirchenspaltung verhindert, nicht Glaubensunterschiede sind, sondern in erster Linie das Selbstbehauptungsbedürfnis von Institutionen. Und von Institutionen verstehe ich etwas. Da muss ich auch gar nicht tief in die Kirchen schauen, die ich nicht ganz so gut kenne, aber ich weiß, dass alle Institutionen – ausnahmslos – von der eingebauten Versuchung geplagt sind, sich selbst für wichtiger zu halten als die Sache, um derentwillen sie bestehen.

Deshalb glaube ich auch nicht, dass wir die Überwindung der Kirchenspaltung allein den Kirchenleitungen überlassen dürften. Dann findet sie nämlich nicht statt. Aus genau diesem Grunde aber müssen wir alle begreifen, dass wir hier selbst gefordert sind, dass jeder für sich seine jeweilige Verantwortung hat. Dazu fällt mir der schöne, den meisten von Ihnen bekannte Satz von Karl Valentin ein: „Mögen, hätte ich schon wollen, aber dürfen hab ich mich nicht getraut.“ Und um nun nicht nur Luther, Ratzinger, Karl Valentin, sondern auch Ignatius von Loyola an einschlägiger Stelle zu Wort kommen zu lassen: „Man soll nie etwas Gutes, sei es noch so klein, aufschieben in der Hoffnung, in der Zukunft größeres tun zu können“. Das gilt ganz gewiss auch und gerade für die Einheit der Christenheit.

Norbert Lammert (1948) gehörte 1980 - 2017 dem Deutschen Bundestag an und war 2005 – 2017 dessen Präsident. Von 1989 – 1998 war er Parlamentarischer Staatssekretär in den Bundesministerien für Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr und danach bis 2002 kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. 2002 wurde er Vizepräsident des Deutschen Bundestages, seit 2001 ist er stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er ist Mitherausgeber von kreuz-und-quer.de

6. November 2017

Heike Schichtel

Warum Amerika?

Was kann eine Deutsche bewegen, ohne zwingende Notwendigkeit im derzeitigen polarisierten Amerika zu leben? Das fragen Sie sich möglicherweise ebenso wie meine Familie und Freunde in der Heimat, besonders nach der schockierenden Trump-Wahl.

Nun, für mich gibt es mehrere Gründe:

So lange ich zurückdenken kann, wollte ich schon immer in den USA leben, ich habe viele Bücher über dieses Land gelesen, habe mich für die Politik interessiert, und war fasziniert von dem, was eine Kusine nach ihrem Austauschjahr in Utah zu berichten hatte. Als sich mir ein paar Jahre später die Gelegenheit bot, habe ich mich beim American Field Service beworben, kam auch in die engere Wahl, aber dann hat zu meinem grossen Kummer eine Konkurrentin das Jahr in den USA gewonnen.

Viele Jahre später kam dann eine zweite Chance, als mein Mann von seiner Firma für drei Jahre nach Raleigh versetzt wurde. Wir wussten nichts über Raleigh, aber nach und nach lernten wir, dass es auch City of Oaks genannt wird; es ist die Hauptstadt des Staates North Carolina, einem der Südstaaten der USA, und liegt etwa in der Mitte zwischen den Blue Ridge Mountains und dem Atlantik; das Klima ist mild, mit vier Jahreszeiten, einem relativ kurzen Winter mit meistens carolina-blauem Himmel, einem spektakulären Frühling, nicht so angenehmem feucht-heissem Sommer und einem farbenprächtigen Herbst.

Als wir 1987 unser Assignment antraten, war Raleigh eine ziemlich provinzielle Stadt mit etwa 300.000 Einwohnern, heute sind es um die 500.000. Drei bedeutende Universitäten in einem engen Radius, der Silicon-Valley-ähnliche Triangle-Park, das angenehme Wetter, die Nähe zu Bergen und Meer, eine niedrige Kriminalitätsrate, äusserst aktive Stadtväter und andere Faktoren sind ein grosser Anziehungspunkt speziell für Zuzügler aus nördlicheren Staaten.

Da mein Visum mir nicht erlaubte, hier zu arbeiten, hatte ich reichlich Zeit, an drei Morgenden eine internationale ESL (English as a Second Language)-Klasse zu besuchen.

Ich hatte das Glück, mich sofort mit meiner Lehrerin anzufreunden, die mich in alle ihre Kreise einführte, wo ich warm und herzlich empfangen wurde. So habe ich sehr schnell den American way of life kennengelernt und habe Gott sei Dank nicht die Erfahrung vieler meiner Klassenfreunde machen müssen, dass die sprichwörtliche Southern hospitality recht oberflächlich und nicht wirklich ernst gemeint ist. Im Gegenteil, ich habe einige tiefe Freundschaften geknüpft, und meine damalige Lehrerin ist seit 30 Jahren meine beste Freundin. Diese Freundschaften führten in den 90ern, als wir wieder in Deutschland lebten, zu vielen Besuchen hin und her.

Als wir 1998 die Green Card in der jährlich vom US Kongress veranstalteten Lotterie gewannen, mussten wir eine Entscheidung treffen. Mein Mann war bereits im Ruhestand, ich hatte noch ein paar Jahre zu arbeiten, aber Anfang 2001 war es soweit, wir wanderten aus nach North Carolina. Unser Haus hatten wir bereits während eines Urlaubs gekauft, nun mussten wir sesshaft werden. Und das bedeutet im sogenannten Bible Belt, eine Kirchengemeinde zu finden. Wie alle

kirchgehenden Amerikaner, wenn sie in eine andere Stadt ziehen oder mit ihrer bisherigen Gemeinde unzufrieden werden, gingen wir church shopping, d.h. wir waren mehrere Sonntage auf der Suche nach einer Kirche, in der sich sowohl mein Mann als Katholik und ich als Protestantin heimisch fühlen konnten.

Wir entschieden uns für die grösste Presbyterianische Gemeinde in North Carolina mit über 4000 Mitgliedern, weil sie ein mannigfaltiges Programm an Sonntagsschulklassen und vielen anderen Aktivitäten bot. Ich muss an dieser Stelle betonen, dass sich das gesamte soziale Leben hier fast ausschliesslich in Kirchenkreisen bewegt. Im Laufe der 16 Jahre habe ich nach anfänglichen Fehlversuchen meine Nischen in meiner Gemeinde gefunden: Ich besuche eine Sonntagsschulklasse, in der wir sehr liberale theologische Ideen diskutieren; ich bin Mitglied einer Näh- und einer Strickgruppe, wo wir für unsere Schwesterkirche in Smolensk/Russland handarbeiten; mehrere Jahre lang habe ich nach intensivem monatelangen Training als Stephen Minister gearbeitet; und seit einem Jahr bin ich Präsident der Seniorengruppe meiner Kirche und verantwortlich für ein wöchentliches Programm. So kann sich jeder einbringen mit seinem speziellen Talent, und das ist Teil der amerikanischen Philosophie Give back to the community.

Diese Denkweise war mir nicht so bewusst in Deutschland, und ich wünschte, meine Eltern hätten das mehr betont. Aber vielleicht war diese Generation vorwiegend mit dem Wiederaufbau unseres Landes beschäftigt. Ich bin glücklich, mit diesen ehrenamtlichen Tätigkeiten mein Potential gefunden zu haben, und dankenswerterweise gibt es in den USA keine Altersdiskriminierung, d.h. man kann im grossen und ganzen so lange in einem bezahlten oder ehrenamtlichen Job arbeiten wie man möchte oder fähig ist.

Mittlerweile habe ich vier Präsidentschaftswahlen erlebt und alle Debatten am Fernsehen verfolgt. Die Polarisierung war bereits erkennbar in 2004, als die Öffentlichkeit langsam erkannte, dass der Krieg in Irak auf einer Lüge aufgebaut war; die Spaltung wurde noch deutlicher während der Obama-Präsidentschaft und erreicht nun unter Trump bisher unbekannte Ausmasse. So beobachte ich beispielsweise seit einiger Zeit eine Verrohung der Sitten, die sich hauptsächlich im Strassenverkehr bemerkbar macht, aber auch in anderen Situationen. Ich erinnere hier an zwei skandalöse Vorkommnisse in Flugzeugen während der letzten Monate.

In Deutschland wundert man sich sicher über die Unterstützung Trumps durch die Evangelisten, die 26% der Wählerschaft ausmachen. Ein Wahlversprechen, die grösste Priorität für die Evangelisten, hat der neue Präsident bereits eingehalten mit seiner Nominierung eines Supreme Court Justice, der gegen Abtreibung ist. Und vor einigen Monaten hat er Kirchenführern versprochen, das Johnson Amendment abzuschaffen, das steuerfreien Gruppen wie Kirchen verbietet, politisch aktiv zu werden oder Kandidaten zu unterstützen. Immigration steht ebenfalls hoch auf der Agenda der Evangelisten, doch das Thema ist so kontrovers und komplex, da sehe ich kurzfristig keine Lösung.

Wir haben nun fast ein Jahr mit President-elect und President Trump hinter uns, und die Gemüter haben sich etwas beruhigt, teilweise aus Resignation, teilweise in der Hoffnung, dass die Untersuchung von Special Counsel Robert Mueller letztendlich zum Impeachment führt oder dass die Republikaner vielleicht doch irgendwann mal sagen: Enough is enough! Wenn man zunächst keine Ahnung hatte, wie der Präsident auf gewisse Dinge reagieren würde, so ist mittlerweile ein Muster in seinem Verhalten erkennbar: Immer wenn etwas nicht nach seinen Wünschen geht, z.B. mit der Flugbeschränkung aus bestimmten Ländern oder mit der Krankenversicherung oder was sonst er bisher nicht vollbracht hat, dann sucht er sich einen Sündenbock, den er mit Twitter heruntermacht, so etwa die Medien, oder Filmschauspieler, und nun Sportler. Oder an Freitag Nachmittagen feuert er mal wieder einen seiner Top-Leute. So reagiert er seinen Frust ab. Die

abendlichen Nachrichten machten mich zunaechst wuetend und angeekelt, aber nun kann ich nur noch den Kopf schuettern ueber soviel Ignoranz, Inkompetenz und Filz, den er eigentlich ausrotten wollte. Es lebe das Chaos!

Bis jetzt haben wir in North Carolina noch keine Auswirkungen seiner Politik erlebt, aber das kann sich fuer jeden von uns aendern, falls er einen Krieg mit Nordkorea anzettelt oder falls es keine Einigung fuer eine neue oder verbesserte Krankenversicherung gibt.

Trotz der bedauerlichen politischen Entwicklung lebe ich gerne in Amerika. Sicherlich, es gibt Dinge, die ich vermisse, wie Wanderungen im Siebengebirge, Radfahren entlang der Sieg und dem Rhein, Quark, Schwarzbrot, mehr Zusammensein mit Familie und Freunden, aber das sind gute Gruende, regelmassig zurueck in die Heimat zu fliegen und aufzutanken.

***Heike Schichtel** (1941) war nach dem Sprachenstudium am Dolmetscher-Institut in Saarbruecken einige Jahre als Auslandskorrespondentin bei der Carl Freudenberg AG in Weinheim und dem Vogel-Verlag in Wuertzburg taetig. Danach habe hat sie Redaktionsassistentin fuer eine Fachzeitschrift in Bonn gearbeitet und schliesslich im Publikationsreferat der Konrad-Adenauer-Stiftung gearbeitet. 2001 wanderte sie in die USA aus.*

6. November 2017

Cornelia Coenen-Marx

Ehrenamt als Teilhabe

Wolfgang Hirsch, bis zu seinem Ruhestand leitender Angestellter in der Wirtschaft, ist ehrenamtlicher Leiter der Kontaktstelle Ehrenamt im Kirchenkreis Essen. Im Kulturhauptstadtjahr 2010 organisierte er den „Kirchenwächterdienst“ in der Marktkirche, wo damals Ausstellungen zum Thema „Menschenbilder“ stattfanden. Unter den etwa neunzig Ehrenamtlichen waren neunzehn Menschen mit einer geistigen Behinderung, die ihren Dienst im Tandem mit einem Nichtbehinderten ausübten. Das machte so viel Spaß, dass sie nach Ende des Kulturhauptstadtjahres weitermachen wollten. Hirsch konnte die Kulturwerkstatt ARKA auf der Zeche Zollverein für eine Zusammenarbeit gewinnen und bis heute sind dort Menschen mit Behinderung bei Ausstellungen engagiert. Einer von ihnen ist inzwischen zum Mitorganisator der Gruppe geworden. Und es geht weiter: Inzwischen hat sich eine Zusammenarbeit mit der Bahnhofsmision Essen entwickelt, wo nun vier Menschen mit Behinderung in Tandems mitarbeiten.

Ehrenamtliches Engagement stärkt das Selbstbewusstsein und ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe. Die sozialwissenschaftliche Forschung zeigt: Menschen, die sich in Gruppen engagieren, entwickeln ein überdurchschnittlich hohes Vertrauen, eine positive Grundeinstellung in der Begegnung auch mit Menschen aus anderen gesellschaftlichen Schichten und Milieus. Davon sollte niemand ausgeschlossen sein – weder Menschen mit Behinderung noch Hartz-4-Empfänger oder Migranten. Menschen, die sich sonst selbst als Hilfeempfänger erleben, entwickeln in der Hilfe für andere neue Kompetenzen. Die Aktiven beim Projekt „Menschenstadt“ in Essen sind ein Beispiel dafür. Ich denke aber auch an „Kunden“ der Tafel, die zum Teil des Teams werden oder an Geflüchtete, die zu Museumsführern ausgebildet wurden.

In unserer Arbeitsgesellschaft scheint jedoch nur zu zählen, was jemand beruflich leistet. Das zeigt sich selbst beim Thema Ehrenamt. Arbeitslose fallen aus allen Netzen heraus, während sich Erwerbstätige durchaus auch ehrenamtlich engagieren. Selbst unsere sozialen Sicherungssysteme hängen an der Erwerbsarbeit. Dabei dient auch die Zeit, die Menschen für ihre Nachbarn oder für Hilfebedürftige da sind, dem sozialen Zusammenhalt; mittelfristig muss sich das viel deutlicher im Steuer- und Sozialversicherungssystem niederschlagen. Immerhin 44 % der Freiwilligen fordern eine bessere steuerliche Absetzbarkeit der Unkosten, 22 % sogar eine bessere Vergütung fürs Ehrenamt – meistens sind das Arbeitslose oder Personen mit geringem Einkommen. Der größte Teil der Ehrenamtlichen ist darauf nicht angewiesen; sie sind eher gut situiert. Aber es gibt ein „Recht auf Engagement“ für jeden – und jede wird gebraucht.

Ohne Nachbarn und Freunde, ohne ehrenamtliche Besuchs- und Betreuungsdienste sind schon jetzt viele Menschen nicht in der Lage, die Hilfeangebote anzunehmen, die ihnen zustehen – und das wird mit dem demographischen Wandel zunehmen. Das zeigt sich in der Hospizarbeit und der ambulanten Behindertenhilfe, aber auch in der Hilfe für pflegebedürftige ältere Menschen. Unser Sozial- und Gesundheitssystem ist auf die Zusammenarbeit mit Freiwilligen angewiesen. Aber die Zusammenarbeit ist alles andere als reibungslos. Das liegt auch daran, dass die Einrichtungen und Dienste vor allem anderen auf Funktionalität und Effektivität ausgerichtet sind. Angehörige, die das Recht ihrer Verwandten auf Selbstbestimmung einklagen, Ehrenamtliche, die die Organisation eines

Hauses in Frage stellen, können zum Störfall werden. Es gibt gute Gründe, dass der Anteil der Freiwilligen im stationären Gesundheitswesen besonders gering ist. Dagegen wächst die Zahl geringfügig Beschäftigten, die weggefallene Stellen auffüllen – genauso wie die der Ehrenamtlichen, die mit Aufwandsentschädigung arbeiten. Sie sorgen dafür, dass der Betrieb möglichst reibungslos läuft, empfinden sich aber oft als der billige Jakob eines ausblutenden Sozialstaats.

Ehrenamtliches Engagement gewinnt an Bedeutung. Dahinter stehen neue Konzepte des Sozialstaats, aber auch ein wachsendes Selbstbewusstsein der Zivilgesellschaft. So zeigt der letzte Freiwilligensurvey der Bundesregierung einen neuen Ausgleich von Ich- und Wir-Orientierung, weg von der Geselligkeits- hin zu Gemeinwohlorientierung. Tatsächlich brauchen wir eine neue Kultur des Sozialen. Die Leitbilder der Betreuung und Vereinnahmung müssen durch solche der Selbstverantwortung und Caring Communities ersetzt werden.

Ohne die „jungen Alten“ ist das kaum vorstellbar. Sie sind häufig sozial und oft auch politisch engagiert, bringen breite Lebenserfahrungen und berufliche Kompetenzen ein und sie bilden auch in den Gemeinden die zweitgrößte Ehrenamtsgruppe. Die Zahl der ehrenamtlich Engagierten in den Kirchen ist sogar noch gestiegen - ein Beleg, dass die Kirchen nach wie vor als Plattform für ehrenamtliches Engagement gefragt sind. Nicht erst die Flüchtlingsbewegung, sondern vorher schon die Hospiz- und die Tafelbewegung haben gezeigt: Kirchen sind stark, wenn Problemlagen noch diffus erscheinen und alles darauf ankommt, flexible Konzepte zu entwickeln – ausgehend von der unmittelbaren Wahrnehmung und nicht von festgelegten Strategien und definierten Modulen. Das braucht offene Räume, ein Mindestmaß an hauptamtlich Mitarbeitenden und eine finanzielle Grundausstattung, aber auch Vertrauen und Erfahrung. „Das alles bringen die Kirchen mit.

Es geht um ein neues Verhältnis von Staat und Gesellschaft, das nicht in Kategorien staatlicher Planung und Steuerung von gesellschaftlichen Prozessen definiert wird, sondern im Sinne einer neuen, kooperativen Verantwortungsteilung“, so Michael Bürsch, von 1999 bis 2002 Vorsitzender der Enquetekommission Bundestages. Ihm ging es um das Leitbild Bürgergesellschaft. Auch in den Kirchen wollen Menschen spüren, dass sie sich mit ihren Kompetenzen und Leidenschaften an der Gestaltung beteiligen können. In jedem Alter, mobil oder immobil, selbst wenn nur Zeit für ein Projekt ist – und dafür Unterstützung und Mitsprachemöglichkeiten finden. Das Beispiel Essen zeigt: So können Kirchen demokratische Prozesse unterstützen.

Cornelia Coenen-Marx (1952) ist Pastorin und Publizistin. Die frühere EKD-Oberkirchenrätin für Soziales und Gesellschaft hat zusammen mit dem ZDK Ehrenamtskongresse organisiert und ist heute Inhaberin der Agentur „Seele und Sorge“. Zu ihren Veröffentlichungen gehört „Symphonie-Drama-Powerplay“, Haupt- und Ehrenamt in der Kirche (2017 mit Beate Hofmann).

20. November 2017

Hans Maier

„Leitkultur“ – das Wort und die Sache

Den Satz „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ kann man ebenso zu den Akten legen wie die fröhliche Erwartung, unterschiedliche Kulturen verschmelzen von selbst und ohne Probleme miteinander. Umso genauer sollte man die Lebenswirklichkeit berücksichtigen: Familien, Schulen, Betriebe, das soziale Leben, das bürgerschaftlichen Engagement. Damit Integration gelingt, bedarf es weniger, aber zentraler Bedingungen. Sie sollten bundeseinheitlich festgelegt und beachtet werden.

Ich sehe vier solcher Bedingungen, die notwendig, ja für das Zusammenleben unentbehrlich sind:

Erstens die Beachtung des staatlichen Gewaltmonopols, also den Ausschluss von Gewalt und Selbsthilfe. Plakativ gesprochen: unsere Rechtsordnung gilt für Alt- und Neubürger. Die Prägung eines Täters durch die Vorstellungswelt eines anderen Kulturkreises hat demgegenüber zurückzustehen. So kann beispielweise die „Ehre“ eines Kollektivs keinen Vorrang haben vor den elementaren Rechten des Individuums. „Ehrenmörder“ können vor deutschen Gerichten auf keinen Kultur-Bonus hoffen.

Zweitens die Anerkennung der Religionsfreiheit, konkret der Verzicht auf die gewaltsame Durchsetzung der eigenen Religion im familiären und gesellschaftlichen Umkreis. Das Problem ist jüngst durch den Fall Abdul Rahman, einen in Deutschland zum Christentum konvertierten Afghanen, dem in Afghanistan die Todesstrafe drohte, in ein grelles Licht gesetzt worden. Einbürgerungswillige Muslime dürfen ihre religionsmündigen Söhne und Töchter auf keinen Fall am Übertritt zu anderen Religionen hindern. Die Todesstrafe für Apostasie nach Scharia-Recht ist für Deutschland (und generell für Rechtsstaaten, die die Menschenrechte achten) indiskutabel.

Drittens die Gleichberechtigung (und Gleichachtung) der Geschlechter. Sie ist im Integrations-Alltag eine überaus wichtige, in keinem Fall abzuschwächende Forderung. Die Realisierung ist, wie bekannt, überaus schwierig. Viele Migrantinnen, vor allem die auf 10 000 Personen jährlich geschätzten Import-Bräute (man verzeihe das uncharmanten, aber leider treffende Wort), führen buchstäblich ein Leben in Dunkel: ohne soziales Netz (wie in der früheren Heimat), unzureichend mit Deutschkenntnissen ausgestattet, werden sie weder von ihren schulisch besser integrierten Kindern noch von der deutschen Gesellschaft ernst genommen und gestützt. Während ihre Männer, soweit nicht arbeitslos, in der Arbeitswelt leben, sind sie sozial weitgehend isoliert.

Viertens die Kenntnis der deutschen Sprache und der in der Sprache aufbewahrten Geschichte und Kultur des Gastlandes. Hier geht es nicht nur um das Funktionelle und Praktische, um den notwendigen Dienst der Sprache als Verständigungsmittel – es geht auch um eine (je nach Lage, Begabung, Neigung sicher unterschiedlich intensive) Nähe zur umgebenden deutschen Kultur. Richard Schröder hat das einmal am Interesse eines libanesischen Taxifahrers in Berlin an deutschen Straßennamen (Bachstraße, Händelstraße) festgemacht und daran die Feststellung geknüpft: „Wer mit den Namen der wichtigsten Straßen und Plätze in unseren Städten etwas verbinden kann, kennt sich in der deutschen Kultur ganz gut aus“. Vielleicht wird er sich sogar – füge ich hinzu – eines Tages für die deutsche Kultur im ganzen interessieren, von Gutenberg bis Goethe, vom Allgemeinen Landrecht bis zum Sozialstaat, vom „Lied“ bis zum „Kindergarten“, von Grünwald bis zu den Expressionisten und den „Neuen Wilden“ unserer Gegenwart.

Ist das alles nun Teil einer „deutschen Leitkultur“ – oder ist es eher ein Ausdruck für den zivilisatorischen Standard, den Europa, der Westen, die heutige globalisierte Welt verkörpern? Es ist beides; und so wollen wir den Streit um das Wort Leitkultur getrost denen überlassen, die ihn seit Monaten mit unerschöpftem Eifer führen.

In Deutschland streitet man gern um Worte, wenn man sich an eine Sache nicht herantraut oder vor ihr ausweichen will. Das Wort Leitkultur, seitdem es Bassam Tibi erfunden und popularisiert hat, ist ein solches Streitwort; es weckt immer wieder erstaunliche Emotionen. Sind die einen versucht, das Wort fast zu küssen, ehe sie es aussprechen, so wollen die anderen nie und nirgendwo in seiner Begleitung auf der Straße angetroffen werden. Seit ich gesehen habe, dass dieser Streit um Worte höchst unnötigerweise Kräfte verschleudert und Energien bindet, spreche ich das Wort nur leise aus, rede aber umso deutlicher zur Sache.

Theo Sommer, Herausgeber der ZEIT, schrieb 1998: „Ein Deutschland, das aus lauter Ghettos besteht, ein paar für Türken, ein paar für Griechen, ein Dutzend für die Deutschen – das kann nicht Ziel sein. Die Vielfalt hat sich in der Einheit zu bewähren. Integration bedeutet zwangsläufig ein gutes Stück Assimilierung an die deutsche Leitkultur und deren Kernwerte.“ Das ist kernig formuliert. Mir würden schon die erwähnten vier Forderungen genügen. Sie sind anschlussfähig an europäische, westliche, universelle Werte.

Von der französischen *tournaire* – der gallischen „Leitkultur“ seiner Zeit – sagte Goethe 1821, sie sei „eine zur Anmut

gemilderte Anmaßung“. Ich hoffe, dass das heutige Deutschland genug Anmut hat, um ohne Anmaßung geltend zu machen, was dringlich ist.

***Hans Maier** (1931) wurde 1962 Professor für Politische Wissenschaft an der Ludwig-Maximilian-Universität München und war 1970 bis 1986 Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus sowie von 1976 bis 1988 Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. 1988 bis 1999 war er ordentlicher Professor für christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie an der Universität München (Guardini Lehrstuhl).*

ALLEIN-ERZIEHENDE HEUTE

Neben den „Fremden“ stehen in der Bibel die „Witwen und Waisen“ besonders im Zentrum der sozialpolitischen Aufmerksamkeit der Tora. „Witwen“ und „Waisen“ sind nicht bloß nebeneinander stehende Menschengruppen. Vielmehr sind sie in einer patriarchalischen Gesellschaft durch die Tatsache verbunden, dass der Ernährer fehlt. Kinder sind „Waisen“, wenn der Vater fehlt. Die „Witwe“ bleibt als „Alleinerziehende“ zurück. Man könnte also auch sagen, dass es in der biblischen Tradition eine besondere Aufmerksamkeit für Alleinerziehende gibt.

Eine vergleichbare Aufmerksamkeit wird Alleinerziehenden in der heutigen sozialpolitischen Debatte nicht zuteil, wenn man einmal absieht von ziemlich realitätsfernen Vorschlägen wie denen, die Grunderwerbssteuern zu senken, wovon angeblich dann auch Alleinerziehende profitieren würden – so ein FDP-Politiker kürzlich in einer Talk-Show. Welche alleinerziehende Frau (in der Mehrheit sind es ja Frauen, die allein erziehen) hat schon ein Eigenheim oder ein vergleichbares Eigentum? Auch die Empfehlung, Vollzeit zu arbeiten, geht am realen Leben vorbei. Die meisten Alleinerziehenden kämpfen um das tägliche Überleben zwischen den Anforderungen der Kindererziehung und dem Minimum an Teilzeitarbeit, das sie leisten müssen, um Miete und Grundversorgung zu bezahlen. Das wird durch die Einführung von Ganztagschulen und Nachmittagsbetreuung nur teilweise aufgefangen, und kann auch nur teilweise dadurch aufgefangen werden. Die Politik hat sich weit von der sozialen Wirklichkeit entfernt, wenn sie das Thema auf dieser Ebene verhandelt.

Näher an die Wirklichkeit führen schon die Überlegungen zur Einführung eines Familiensplittings. Alleinerziehende empfinden das Ehegattensplitting immer mehr als eine Ungerechtigkeit – wenn sie überhaupt Zeit haben, um über solche Zusammenhänge nachzudenken. Zu Recht. Das Ehegattensplitting war ursprünglich dafür gedacht, Familien finanziell zu unterstützen, allerdings unter der stillschweigenden Voraussetzung, dass die Mutter in der Regel wegen der Kindererziehung erwerbslos ist. Kurz: Das Ehegattensplitting basiert auf dem patriarchalischen Familienbild. „Witwen und Waisen“ waren und sind nicht im Blick. Entsprechend wurde das Ehegattensplitting bei seiner Einführung 1958 als „bedeutende Förderung des Familiengedankens“^[1] bezeichnet sowie als „besondere Anerkennung der Aufgabe der Ehefrau als

Hausfrau und Mutter.“[2]Das Bundesverfassungsgericht wies in seinem Urteil vom 7. Mai 2013 ausdrücklich auf diese Zusammenhänge bei einer Entscheidung für das Ehegattensplitting hin.

Doch das Familienbild hat sich heute grundsätzlich verändert. Jede fünfte Familie hat einen alleinerziehenden Elternteil, besteht also aus Witwe/Witwer und Waisen. Besonders auffällig sind dabei die Ost-West-Unterschiede.[3] Viele Paare bekommen heute aus unterschiedlichen Gründen keine Kinder mehr, und viele Paare heiraten nicht, wenn Kinder kommen. Ehe bedeutet also heute nicht mehr gleich Kinder/Familie. Man mag das bedauern oder auch nicht, es ist jedenfalls eine Realität. Hinzu kommt, dass Frauen meistens auch arbeiten (müssen), wenn sie Kinder haben.

Verheiratete erhalten in Kombination mit Steuerklasse 5 die günstigste Steuerklasse 3. Für Alleinerziehende gilt die schlechtere Steuerklasse 2. Wenn eine Frau mit zwei Kindern nach dem Tod des Ehepartners zurückbleibt, kann sie sich steuerlich schlechter gestellt vorfinden als vorher – um nur ein Beispiel von vielen möglichen zu nennen. Es darf die Politik nicht wundern, wenn Alleinerziehende in solchen und vergleichbaren Fällen eine Ungerechtigkeit sehen und fragen: Warum ist das so? Die besondere Aufmerksamkeit der Tora für die „Witwen und Waisen“ könnte in orientierungsloser Zeit Orientierung sein, um die Förderung der Familie auch steuerlich grundsätzlich neu in den Blick zu nehmen.

Klaus Mertes SJ (1954) ist Kollegsdirektor am Kolleg St. Blasien. Er hat Slawistik und Klass. Philologie in Bonn studiert und 1977 in den Jesuitenorden eingetreten. Anschließend studierte er Philosophie und kath. Theologie in München und Frankfurt a. M. und wurde 1986 zum Priester geweiht. Nach dem 2. Staatsexamen für Kath. Religion und Latein war er Lehrer an der St. Ansgar-Schule in Hamburg und am Canisius-Kolleg in Berlin, dessen er Rektor er 2000-2011 war. Klaus Mertes ist Mitglied im Zentralkomitee der dt. Katholiken und im Kuratorium Stiftung 20. Juli 1944

[1] Vgl. stenographischer Bericht der 17. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 13. März 1958, S.771; vgl. auch stenographisches Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Haushaltsausschusses vom 13. Februar 1958, S.29)

[2] BTDrucks 3/260, S.34; zu BTDrucks 3/448, S.6

[3] Vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article871062/Zahl-der-Alleinerziehenden-in-Deutschland-steigt.html>

Frank Lavin

Things fall apart: Populism and Foreign Policy

Donald Trump confounds political observers. For many, he is defined by his missteps and flamboyance. His foreign policy statements contain sufficient imprecision—if not outright contradictions—to allow observers to conclude a lack of care in dealing with the issues. Is China's presence in the South China Sea acceptable or not? Is NATO useful or not? Should the United States use force in Syria for humanitarian or geo-political goals? This ambiguity gives rise to further questions regarding his foreign policy architecture: what are the guiding principles?

Trump does indeed have guiding principles, but they are process principles and not the substantive principles that we are used to seeing in a president. What shapes his foreign policy is that which shaped his singular triumph in public life: his campaign. Indeed, Trump abjured several of the policies that have guided Republican campaigns of the modern era: entitlement reform, trade agreements, and international leadership. A long-time supporter of both Bill and Hillary Clinton, President Trump's political success was drawn not from conservatism nor an intellectual architecture—though he has some conservative impulses— but from political populism. His worldview in many ways is an extension of that belief.

This populism has four characteristics.

First, populism is grievance-based. It focuses on problems rather than solutions. This has the extraordinary advantage of giving the message potency because negative statements can motivate more effectively than positive ones, but it makes it difficult to form a governing coalition, since constituencies that have a problem with a particular policy might have even greater differences among its alternatives. Indeed, as a candidate, Trump avoided articulating a positive vision regarding even central pillars of his campaign such as health care. Notably, Trump's main foreign policy pronouncements in the campaign were grievance-based: terrorism, trade and immigration. Equally noteworthy, they were all essentially domestic issues with a foreign genesis. The traditional foreign policy questions were largely absent from his discussions: What is America's role in the world? What is the value of an alliance? To what extent should we promote democracy and human rights, or should the U.S. focus on national interest calculations?

Second, the populist must establish emotional connectivity with the audience. Trump tends to evaluate people largely based on how they connect with him. The rally format suits him well; he loves the audience and the audience loves him. There are no questions and answers, nor any discussion, nor does there have to be new information, but there is plenty of emotional connectivity. Importantly, this emotional connectivity has little to do with economic class, a point that can befuddle Trump's domestic political opponents, who underestimate his working-class appeal on the basis that he personally has little in common with them or that his policies supposedly would not help them. To a populist, the first point is broadly irrelevant and the second point is highly debatable. Might many a construction worker welcome a construction boom, and many a restaurant worker welcome an expansion of the business, if it meant job security and a larger paycheck, even if it would create disproportionate returns to the construction company and restaurant owner? For many working men and women, a growth in inequality is not inherently troubling. Thomas Piketty might be right, but it might not matter to most Americans if returns to capital outpace returns to labor. In addition, when establishment elites mock Trump, from his grammar to his boorishness, a portion of non-elites see this as condescension.

Third, populism is exculpatory: Every problem the United States faces was caused by others and the target audience is blameless. So if a company wanted to relocate some activity to Mexico, it must have been to exploit wage differences. No discussion as to whether wage increases at the U.S. facility have outpaced productivity increases. No discussion as to whether union rules impede flexibility and productivity. No discussion of the fact that Mexico might be a better production platform because it has more free trade agreements. Management is to blame, with Mexico in connivance. This is frequently expressed in themes of anti-establishment or alienation, which can have a corrosive effect when anchored in grievances.

Fourth, for populists policy choices are cost-free and without trade-offs. Cost-benefit analysis, transition costs, the challenges in administering a government agency, underperforming programs, secondary effects and unintended

consequences – these are all incidental to the victory of the policy choice itself. As such, populists might as well berate NATO leadership into burden-sharing, ignoring the downside to publicly hectoring leaders of sovereign nations. They, too, might as well call for a physical wall on the U.S. border with Mexico since it will be, by self-declaration, cost free.

***Frank Lavin** (1957) war Mitarbeiter in allen republikanischen Administrationen der letzten 40 Jahre– als Botschafter und Unterstaatssekretär bei Georg W. Bush, als Vertreter des Handelsministeriums für Georg H. W. Bush und verschiedenen Funktionen im Weißen Haus und Außenministerium unter Ronald Reagan, u. a. auch als Politischer Direktor im Weißen Haus. 2010 gründete er das Beratungsunternehmen „Export Now“, das Firmen beim Online-Handel in China berät. Eine ausführlichere außenpolitische Analyse des Autors finden Sie Georgetown Journal of International Affairs Oktober 2017*

Dinge fallen auseinander: Populismus und Außenpolitik

Donald Trump verwirrt politische Beobachter. Für viele ist er von seinen Fehlritten und seiner Extravaganz bestimmt. Seine außenpolitischen Äußerungen enthalten genügend Ungenauigkeiten, wenn nicht gar Widersprüche, um es den Beobachtern zu ermöglichen, ihm bei der Behandlung der Probleme einen Mangel an Sorgfalt zu attestieren. Ist Chinas Präsenz im Südchinesischen Meer akzeptabel oder nicht? Ist die NATO nützlich oder nicht? Sollten die Vereinigten Staaten in Syrien Gewalt anwenden, um humanitäre oder geopolitische Ziele zu erreichen? Diese Ambivalenz wirft weitere Fragen zu seiner außenpolitischen Architektur auf: Was sind Trumps Leitprinzipien?

Trump hat zwar Leitprinzipien, aber sie sind Prozessprinzipien und nicht die substantiellen Prinzipien, die wir von einem Präsidenten gewohnt sind. Was seine Außenpolitik prägt, ist das, was seinen singulären Triumph im öffentlichen Leben geprägt hat: seine Kampagne. In der Tat hat Trump einige der Politikgrundsätze, die die Republikaner in der modernen Ära geleitet haben, abgeschafft: Reformen von Ansprüchen, Handelsabkommen und internationale Führung. Als langjähriger Befürworter von Bill und Hillary Clinton wurde der politische Erfolg von Präsident Trump nicht einer intellektuellen Architektur des Konservatismus abgeleitet - obwohl er konservative Impulse hat -, sondern vom politischen Populismus. Seine Weltsicht gründet ist in vieler Hinsicht darauf.

Dieser Populismus hat vier Eigenschaften.

Erstens ist Populismus auf Unzufriedenheit gestützt. Er konzentriert sich eher auf Probleme als auf Lösungen. *Dies hat den außerordentlichen Vorteil, dass die Wirkungskraft der Botschaft erhöht wird, weil negative Äußerungen effektiver motivieren können als positive. Aber aber es macht es schwierig, eine Regierungskoalition zu bilden, da Interessensgruppen, die ein Problem mit einer bestimmten Politik haben, noch größere Probleme mit Alternativen haben könnten. In der Tat vermied es Trump, eine positive Vision zu formulieren – auch bei zentralen Pfeilern seiner Kampagne wie Kritik an der Gesundheitsversorgung betrifft. Auch Trumps außenpolitische Verlautbarungen basierten auf Unzufriedenheit: Terrorismus, Handel und Einwanderung. Auffälligerweise hatten beim ihm auch innenpolitische Themen im wesentlichen eine Genese im Ausland. Die traditionellen außenpolitischen Fragen fehlten weitgehend in seinen Diskussionen: Was ist Amerikas Rolle in der Welt? Was ist der Wert einer Allianz? Inwieweit sollten wir Demokratie und Menschenrechte fördern oder sollten sich die USA auf nationale Zinsberechnungen konzentrieren?*

Zweitens muss der Populist eine emotionale Verbindung mit dem Publikum herstellen. *Trump neigt dazu, Menschen hauptsächlich danach zu beurteilen, wie sie sich zu ihm verhalten. Das Kundgebungs-Format passt gut zu ihm: Er liebt das Publikum und das Publikum liebt ihn. Es gibt weder Fragen und Antworten, noch Diskussionen, noch muss es neue Informationen geben, aber es gibt viele emotionale Elemente. Wichtig ist, dass diese emotionale Verbindung wenig mit der wirtschaftlichen Elite zu tun hat - ein Punkt, der Trumps innenpolitische Gegner verwirren kann, die seine Attraktivität bei Arbeitern unterschätzen, mit denen er persönlich wenig mit ihnen gemeinsam hat und denen seine Politik auch nicht helfen würde. Sie. Für einen Populisten ist der erste Punkt weitgehend irrelevant, und der zweite Punkt ist höchst umstritten. Könnten viele Bauarbeiter einen Bauboom begrüßen, und viele Restaurantangestellte begrüßen eine Ausweitung des Geschäfts, wenn dies Arbeitsplatzsicherheit und einen größeren Gehaltsscheck bedeutete - selbst wenn dies unverhältnismäßige Erträge für das Bauunternehmen und den Restaurantbesitzer bedeuten würde? Für viele arbeitende Männer und Frauen ist ein Anstieg der Ungleichheit nicht per se beunruhigend. Thomas Piketty mag recht haben, aber für die meisten Amerikaner dürfte es keine Rolle spielen, ob die Vermehrung von Kapitalausgaben zur Arbeit zurückkehrt. Wenn Establishment-Eliten zugleich Trump, von seiner Grammatik bis zu seiner Raffsucht verspotten, sieht ein Teil von Nicht-Eliten dies als arrogant an.*

Drittens lebt Populismus von Ausreden. Jedes Problem, mit dem die Vereinigten Staaten konfrontiert sind, wurde von anderen verursacht, und die Zielgruppe ist schuldlos. *Wenn also ein Unternehmen eine Aktivität nach Mexiko verlagern wollte, musste es Lohnunterschiede ausnutzen. Keine Diskussion darüber, ob die Lohnerhöhungen in der US-Anlage die Produktivitätssteigerungen überstiegen haben. Keine Diskussion darüber, ob die Gewerkschaftsregeln Flexibilität und Produktivität behindern. Keine Diskussion der Tatsache, dass Mexiko eine bessere Produktionsplattform sein könnte, weil es mehr Freihandelsabkommen gibt. Das Management ist schuld, das Mexiko stillschweigend duldet. Dies äußert sich häufig in Anti-Establishment-Argumenten die im Verbund mit Unzufriedenheit ätzend wirken können.*

Viertens sind für die Populisten politische Entscheidungen ohne Folgen und ohne Kompromisse. *Kosten-Nutzen-Analyse, Übergangskosten, die Herausforderungen bei der Verwaltung einer Regierungsbehörde, leistungsschwache Programme, Sekundäreffekte und unbeabsichtigte Konsequenzen - all dies sind Nebensächlichkeiten im Vergleich zum politischen Erfolg. Deshalb können die Populisten auch die NATO-Führung in eine Lastenteilung schikanieren und dabei die Kehrseite einer solchen Behandlung der Führer souveräner Nationen ignorieren. Sie können zugleich eine Mauer an der mexikanischen Grenze fordern und zugleich behaupten sie verursache keine Kosten.*

11. Dezember 2017

Hubert Wissing

Was braucht die Demokratie?

2017 war ein bewegtes Jahr für die Demokratie. Zwar waren die Wahlergebnisse im Weltmaßstab weniger spektakulär als 2016, als die Briten den Brexit beschlossen haben und in den USA Donald Trump ins Präsidentenamt gekommen ist. Aber es gab auch in diesem Jahr einige bemerkenswerte und folgenreiche Entwicklungen.

In Frankreich wurde 2017 ein Präsident gewählt, der eine neue Bewegung der politischen Mitte anführt. Dadurch wurde die Gefahr, dass eine Rechtspopulistin an die Macht kommt und mittelfristig die Europäische Union sprengt, vorerst gebannt. Bei unseren niederländischen Nachbarn fiel das Ergebnis weitaus komplizierter aus. Aber auch hier konnte verhindert werden, dass der rechtspopulistische, islamophobe Kandidat als stärkste Kraft den Ton angibt. Und nach mehreren Monaten und mehreren gescheiterten Anläufen ist auch tatsächlich eine Regierungsbildung in einer bislang unbekanntem Konstellation gelungen – immerhin.

So weit sind wir in Deutschland derzeit noch nicht. Was braucht es nun, damit in absehbarer Zeit wieder eine gewählte Bundesregierung im Amt ist. Was braucht unsere parlamentarische Demokratie?

Sie braucht, das wurde in den vergangenen Wochen vielfach beschworen, eine lebendige Opposition. Die kam in den letzten Jahren der Großen Koalition zu kurz. Die parlamentarische Opposition aus Linken und Grünen konnte wenig ausrichten, das Geschehen im Bundestag war – mit Ausnahme von Abstimmungen über fraktionsübergreifende Gruppenanträge wie im Fall des Verbots der organisierten Suizidbeihilfe – tatsächlich weithin alternativlos. Die außerparlamentarische Opposition formierte sich, frei von politischer Verantwortung, umso sichtbarer und konfliktorientierter.

In der neuen Wahlperiode sieht es anders aus. Der Bundestag wird aus sieben Parteien in sechs Fraktionen und bislang zwei fraktionslosen Abgeordneten zusammengesetzt. Darin gibt es ein Überangebot an Opposition. Um die parlamentarische Opposition muss man sich in dieser Legislaturperiode wohl keine Sorgen machen.

Trotz 73% Stimmen für Parteien der Mitte kann auch mehrere Monate nach der Wahl von einer konkreten Regierungsbildung noch keine Rede sein. Es ist eine Binsenweisheit: Demokratie braucht nicht nur Opposition, sie braucht auch die Bereitschaft zur Regierungsverantwortung. Ob die SPD diesmal die Kurve noch kriegt und einer – gar nicht mehr so – großen Koalition zustimmen wird, ist mit Spannung abzuwarten.

Unbestritten ist, dass in unserer politischen Ordnung die Parteien eine herausgehobene Bedeutung haben und es daher alle Demokraten nachdenklich machen muss, wenn Parteien wie der SPD bei der Bundestagswahl 2017 zum wiederholten Mal und der FDP vor vier Jahren der Boden unter den Füßen weggebrochen ist. Aber das Wohl der Parteien und ihre Sehnsucht nach unverfälschter Programmatik darf nicht über dem Wohl des Landes stehen. Parteiraison darf nicht Staatsraison ausstechen.

Das heißt: Demokratie braucht nicht nur profilierte Programme, sondern auch Kompromisse. Über Lagergrenzen hinweg Vertrauen zu bilden und zu Lösungen zu kommen, die vielleicht nicht allen Beteiligten schmecken, aber mit denen alle leben können, zeichnet Demokraten aus. Ihre Qualitäten zeigen sich nicht, wenn sie Rückenwind haben und auf einer Welle der Sympathie 100 Prozent Zustimmung in den eigenen Reihen erfahren. Eine demokratische Bewährungsprobe ist vielmehr das Ringen um die aus Sicht der eigenen Partei zweit- oder drittbeste Lösung, wenn es Gegenwind in den eigenen Reihen gibt und auf der anderen Seite unter demselben Druck nach einem Weg zueinander gesucht wird.

Dafür gibt es viele Beispiele. So stehen, ganz unabhängig von Parteigrenzen, auch Christen in der Politik immer wieder vor der Herausforderung, um des Gemeinwohls und des gesellschaftlichen Friedens willen Kompromisse zu suchen und einzugehen. In exemplarischer Weise ist es in den Gesetzen zum Schutz des ungeborenen Lebens und zum Verbot der organisierten Suizidbeihilfe gerade durch die Mitwirkung von Politikern, die sich aus christlicher Motivation und Betroffenheit engagieren, gelungen, die Güter Lebensschutz und Selbstbestimmung in einen verträglichen Ausgleich bringen und mehrheitsfähige Kompromisse zu erarbeiten.

Gerade wenn in diesen Tagen der deutsche Weg beim Schutz des ungeborenen Lebens, ausgehend von der Diskussion über den § 219a StGB, wieder einmal in fahrlässiger Weise in Frage gestellt wird, führt uns das auch die historische Leistung, diesen Mittelweg in einer Frage, die eigentlich gar keinen Mittelweg erlaubt, gefunden zu haben, noch einmal deutlich vor Augen.

Und es drängt sich der Gedanke auf: Wenn solches möglich war, sollten doch eigentlich auch mehrheitsfähige Fahrpläne zum Beispiel für den Kohleausstieg, eine demografiefeste Rentenversicherung oder einen Abbau des Solidaritätszuschlags auszuhandeln sein.

***Dr. Hubert Wissing** (1973) ist Kultur- und Sozialwissenschaftler. Seit 2010 leitet er die Arbeitsgruppe „Kirche und Gesellschaft“ im Generalsekretariat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Schwerpunkthemen seiner Arbeit sind politische Grundsatzfragen, Bioethik und Familienpolitik.*

18. Dezember 2018

Gerald Hagmann

Ein Sehnsuchtsfest

Zu Weihnachten 2017

„Gottes Ja und Gottes Nein zur Geschichte, wie es in der Menschwerdung und Kreuzigung Jesu Christi vernommen wird, bringt in jeden geschichtlichen Augenblick eine unendliche nicht aufzuhebende Spannung.“ So schreibt Dietrich Bonhoeffer in seiner Ethik (Bonhoeffer, Dietrich, Ethik, DBW Band 6, Seite 94 f). Weihnachten und Karfreitag werden aufeinander bezogen. Das irritiert – auf den ersten Blick.

Die Adventszeit ist schon lange keine Bußzeit mehr. Allenfalls im kirchlichen Kalender. Die Lebenswirklichkeit sieht anders aus: Weihnachtsmärkte, Adventsfeiern, Betriebsessen, Plätzchen, Glühwein, das Fest der Geschenke und seine Vorbereitung – all das prägt den Dezember. Und es versetzt mich in positives, ja fast ungläubiges Staunen, welche große Rolle das christliche Fest in der säkularen Wirklichkeit einnimmt. Die (Vor-)Freude über Weihnachten nimmt breiten Raum ein – schon Wochen vor dem Advent. Und diese Freude hat ihren Grund natürlich auch in der christlich motivierten frohen Botschaft, dass Menschen in Kälte und Dunkelheit mit Wärme, Liebe und Frieden beschenkt werden.

Die Lebenswirklichkeit von Dietrich Bonhoeffer unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von der gegenwärtigen. Sein biblisches Verständnis von Weihnachten führt ihn zu der Erkenntnis, dass Gottes Ja zur Welt nicht ohne sein Nein zur Welt zu denken ist. Dass Krippe und Kreuz aufeinander bezogen sind.

Jenseits aller sich permanent verschiebenden Lebenswirklichkeiten regt mich der weihnachtliche Gedanke Bonhoeffers an, dass Gott der Welt Liebe und Frieden schenken will, indem er in die Zeitlichkeit einsteigt. Gott entscheidet sich in seiner Unendlichkeit für die Zeitlichkeit. Das beginnende weltliche Leben des weihnachtlichen Gottessohnes ist begrenzt in der Passion und erfährt überlebensgroß eine Kontinuität im Leben der Nachfahren Jesu Christi – der Christinnen und Christen. Wir setzen Endlichkeit und Begrenztheit fort. Und genau die macht unsere weihnachtliche Sehnsucht aus. Die Endlichkeit der Welt manifestiert sich nicht nur in der Endlichkeit unseres Lebens, sondern auch etwa im Unfrieden, den wir täglich erleben – im Kleinen und im Großen. In der Ungerechtigkeit der Verteilung von Wohlstand. Der unermessliche Reichtum weniger Industrienationen steht in einem so krassen Gegensatz zu der schrecklichen Armut vieler Länder.

Die Endlichkeit der Welt zeigt sich im manchmal so schwierigen Umgang von Menschen miteinander - in der (inter-)nationalen Politik genauso wie im Privaten, vor allem in der Familie; in den kleinen und großen Kriegen in der ganzen Welt – in Geschichte und Gegenwart. Sie manifestiert sich in der Angst – auch vor den im 21. Jahrhundert erstarkenden totalitären Systemen. All das mag die weihnachtliche Sehnsucht nach heiler Welt bestärken. Eine Sehnsucht, die so stark ist, dass sie auch in der Gegenwart in aller Säkularisierung mitunter christliche Formen annimmt. Es ist eine Sehnsucht nach Liebe, Gemeinschaft, Frieden und körperlichem Wohlergehen – und wenn es nur durch kulinarische Genüsse geschieht.

Dass Weihnachten ein vielschichtiges Sehnsuchtsfest ist, wird für mich in besonders schönen Worten in einem pfingstlich-adventlichen Text ausgedrückt: In der adventlichen Pfingstsequenz aus der Lateinischen Messe – aus dem 9. Jahrhundert – die zugleich die adventliche Erwartung des weihnachtlichen Kommens Gottes in die Welt assoziiert, in einer freien Übersetzung nach Huub Oosterhuis.

„Hierher, Atem, zünd mich an,
schick aus deiner fernsten Ferne
Wellen Lichts.

Komm Armeleutvater
komm oberster Mundschenk
komm Herzensjäger.

Bester Tränentrockner
liebster Seelengast
mein Freund mein Schatten

Einmal ausruhen
für Grübler und Geschundene
du, Atempause den Verkrampften.

Unerträglich schönes Licht
Überschüttete den Abgrund
meines Herzens, du Vertrauter.

Gott bist du und ohne dich
ist alles Nacht und Nebel,
Qual und Schuld,

du aber machst rein.
Meine Blüte welkt – gib Wasser,
salbe meine Wunden

Steif steh ich da, Eintritt verboten.
gefroren. Tau mich sorgsam auf.
Such mich Verirrten.

Ja sag ich dir, nein tu ich dir.
Vergilt den Zweifel mit Freundschaft
siebenmal tausendmal.

Nichts bin ich ohne dich.
Tot will ich zu dir hin.
Und ich werde lachen.“

Veni sancte spiritus, aus dem 9. Jahrhundert, frei übersetzt von Huub Osterhuis. (Aus: Lammert, Norbert / Felger, Andreas. Credo. Texte und Bilder zum Glaubensbekenntnis, Asslar 2013, Seite 42f.).

***Dr. Gerald Haggmann** (1973) hat ev. Theologie in Münster und Bonn und studiert und ist Gemeindepfarrer im Kirchenkreis Bochum. Er ist theologischer Mitarbeiter der Initiative „Ökumene jetzt“, Sachverständiges Mitglied der Liturgischen Konferenz (Evangelische Kirche in Deutschland), Gottesdienstcoach (Evangelische Kirche von Westfalen), stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Bochum und Mitglied der Redaktion von kreuz-und-quer.de*